

Josip Juratovic

- (A) Liebe Kolleginnen und Kollegen, unsere Gesellschaft ist eine gesplante Gesellschaft,

(Zurufe von der AfD: Ja!)

nicht nur in der Frage „Deutsche oder Ausländer“, sondern vielmehr insgesamt in der Frage der gelebten Werte und der Haltung der Menschen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP und der LINKEN)

Das spiegelt sich auch hier im Parlament wider. Das hat aber nichts mit der doppelten Staatsbürgerschaft zu tun, sondern mit der Stimmungsmache der AfD und ihren Gesetzentwürfen. Es ist nämlich ganz anders, als Sie es in Ihrem Gesetzentwurf schreiben. Da heißt es, die jetzige Aussetzung der Optionspflicht führe – ich zitiere – „automatisch zu einer ... massenhaften, ja regelhaften Doppelstaatigkeit, die es zu vermeiden gilt“. Großer Gott, immer diese „Massen“, von denen die AfD spricht.

(Heiterkeit bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Da wird einem ja ganz bange.

Bleiben wir doch zur Abwechslung mal bei konkreten Zahlen. Laut Statistischem Bundesamt verfügen in Deutschland knapp 2 Millionen Menschen über zwei Pässe. Das sind nicht einmal 2,5 Prozent der deutschen Bevölkerung.

(Beatrix von Storch [AfD]: Das sind bald mehr als Ihre Wähler!)

(B)

Ich meine, das ist selbst für Kritiker verkraftbar. Davon – und das ist interessant – sind 870 000 gebürtige Deutsche.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Das heißt, zum einen ist die Zahl derer, die zwei Pässe haben, durchaus überschaubar. Zum anderen profitieren auch gebürtige Deutsche von dieser Möglichkeit. Was soll also dieser Gesetzentwurf – außer splaten?

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen Menschen mit Migrationsgeschichte und Deutsche selbstverständlich gleichberechtigt behandeln und endlich damit aufhören, ständig an ihrer Loyalität zu zweifeln, wie es die AfD offen macht. Das erschwert die Integrationsbemühungen auf beiden Seiten. Zudem spielen Sie damit die Menschen den Erdogans und Putins dieser Welt in die Hände.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Widerspruch bei Abgeordneten der AfD – Dr. Alexander Gauland [AfD]: Ach nee, ausgerechnet wir!)

Wir Sozialdemokraten wissen um den Reichtum unserer Gesellschaft. Deutschland ist dank seiner Vielfalt zu einem Land geworden, das weltweit bewundert wird –

ein Land, auf das ich stolz bin. Das wollen wir aufgrund unserer gemeinsamen Werte und Tugenden aufrechterhalten. Wir werden uns das nicht von irgendwelchen völkischen Gespinsten der AfD kaputt machen lassen. (C)

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Zum Schluss. Es ist widerlich, wie wir uns hier durch AfD-Anträge an menschlicher Herkunft und Schicksalen abarbeiten, statt bessere Lebensbedingungen für die Menschen zu schaffen, und zwar gleichermaßen für Deutsche wie für Ausländer.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:

Damit schließe ich die Aussprache.

Interfraktionell wird Überweisung des Gesetzentwurfs auf der Drucksache 19/86 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Gibt es dazu anderweitige Vorschläge? – Das ist nicht der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 14 a und 14 b sowie die Zusatzpunkte 6 und 7 auf:

14. a) Beratung des Antrags der Abgeordneten Karlheinz Busen, Dr. Gero Clemens Hocker, Carina Konrad, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP (D)

Gefahr Wolf – Unkontrollierte Population stoppen

Drucksache 19/584

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (f)
Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft (f)
Federführung strittig

- b) Beratung des Antrags der Abgeordneten Dr. Kirsten Tackmann, Dr. Gesine Löttsch, Lorenz Gösta Beutin, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

Herdenschutz bundesweit wirkungsvoll durchsetzen

Drucksache 19/581

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (f)
Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft (f)
Federführung strittig

- ZP 6 Beratung des Antrags der Abgeordneten Karsten Hilde, Dr. Heiko Wildberg, Udo Theodor Hemmelgarn, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD

Präsident Dr. Wolfgang Schäuble

(A) **Herdenschutz und Schutz der Menschen im ländlichen Raum – Wolfspopulation intelligent regulieren**

Drucksache 19/594

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (f)
Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft (f)
Federführung strittig

ZP 7 Beratung des Antrags der Abgeordneten Dr. Anna Christmann, Dieter Janecek, Dr. Konstantin von Notz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Rückkehr des Wolfes – Artenschutz und Herdenschutz zusammen denken

Drucksache 19/589

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (f)
Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft (f)
Federführung strittig

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache 38 Minuten vorgesehen. – Auch dazu höre ich keinen Widerspruch.

(Unruhe)

– Bitte nehmen Sie Platz, damit wir mit der Debatte beginnen können.

(B) Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner dem Kollegen Karlheinz Busen von der FDP-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der FDP)

Karlheinz Busen (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Wolf ist wieder ein Thema in unserem Land – ein Grund zur Freude, aber auch ein Grund zum Handeln. Wenn ich mir die Anträge, die vorliegen, ansehe, muss ich sagen: Da sind wir uns alle einig. Die immer sichtbarere Verbreitung eines so großen Raubtieres muss sorgfältig begleitet werden. Zurzeit sprechen wir von etwa 60 Wolfsrudeln in Deutschland, und die Dunkelziffer ist wesentlich höher.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es lauert der Wolf!)

Jährlich nimmt die Zahl der Tiere um circa ein Drittel zu, und noch immer stellen vor allem Hobbyexperten die Notwendigkeit der Bestandskontrolle infrage. Aber was passiert denn, wenn man mit der Rückkehr der Wölfe blauäugig umgeht? Die Rückkehr droht zu scheitern, wenn sich die Politik nur auf solche Freizeittierschützer verlässt.

(Beifall bei der FDP sowie der Abg. Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE])

Natürlich haben wir in Deutschland Flächen, auf denen der Wolf weitgehend gefahrlos einen Lebensraum finden kann. Das Umland von Metropolen wie Berlin, München oder des Ruhrgebiets gehören aber definitiv

nicht dazu. Auch deshalb brauchen wir ein effektives und bundesweit einheitliches Wolfsmanagement mit festgesetzten Verbreitungsgebieten. (C)

(Beifall bei der FDP)

Unerklärlich ist mir, dass die vorhandenen Strukturen unseres deutschen Jagdrechts beim Wolfsmanagement nicht herangezogen werden. Da haben wir über 390 000 ehrenamtliche Natur- und Tierschützer, die in den vergangenen Jahrzehnten ihre Leistungsfähigkeit bewiesen haben. Statt die Jägerinnen und Jäger in den Prozess einzubinden, wird in den Bundesländern eine bürokratische und unglaublich komplizierte Struktur mit Wolfsmanagementplänen und Wolfsberatern geschaffen.

Wenn man Verbreitungsgebiete festgelegt hat und die Population im jeweiligen Verbreitungsgebiet gefestigt ist, dann kann und muss man Wölfe außerhalb dieser Gebiete auch entnehmen. Nur so kann die Gefahr für Herdentiere und andere Wildbestände wirksam gebannt werden.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Machen wir uns eines klar: Viele Landwirte sind in ihrer Existenz bedroht, wenn der Wolf ihre Herdentiere reißt. 2017 wurden mehr als 1 000 Tiere gerissen; das war eine Verdoppelung gegenüber 2016. Mehr und höhere Zäune alleine werden dieses Problem hierzulande nicht lösen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Bei den Zahlungen zum Ausgleich von Wolfsrissen sowie bei der Finanzierung von Präventionsmaßnahmen brauchen wir, wie beim Wolfsmanagement, bundesweit einheitliche, unbürokratische und verlässliche Regeln. (D)

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir wollen heute schon an morgen denken. Gerade die Menschen in den ländlichen Räumen, wo der Wolf schon heute herumstreift, machen sich Sorgen, dass sie nicht gehört werden. Wir hier im Deutschen Bundestag tragen die Verantwortung dafür, vorausschauend Problemlösungen auch schon für künftige Herausforderungen zu finden.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns im Ausschuss detailliert über die dringend notwendigen Maßnahmen zum Wolf sprechen. Ich bitte daher um Überweisung.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:

Jetzt erteile ich das Wort dem Kollegen Dr. Klaus-Peter Schulze von der CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

(A) Dr. Klaus-Peter Schulze (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Alle Wölfe in Norddeutschland sind, wie ich, Lausitzer.

Wie kam es dazu? Im Jahre 1999 siedelte sich das erste fortpflanzungsfähige Paar in der Muskauer Heide, etwa 20 Kilometer von meinem Wohnort entfernt, an. Im Jahr 2000 erfolgte die erste erfolgreiche Reproduktion. Dies hat sich fortgesetzt, und in den ersten zehn Jahren wuchs die Population in Deutschland um etwa sieben Rudel. Von 2010 bis 2017 sind aus sieben Rudeln 60 geworden, und das ist jetzt ein Punkt, an dem man dieses Thema intensiver behandeln muss. Deshalb haben wir dieses Thema schon in der letzten Legislaturperiode im Umweltausschuss und im Landwirtschaftsausschuss behandelt.

Ich glaube, die vier Anträge, die heute hier in unterschiedlicher Qualität eingebracht wurden,

(Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, sehr unterschiedlich!)

müssen wir zur Grundlage nehmen, um im Umweltausschuss dieses Thema zeitnah – auch unter Anhörung von Experten – weiter zu verfolgen.

Im vergangenen Jahr sind, wie der Kollege Busen schon dargestellt hat, mehr als 1 000 Nutztiere gerissen worden. In den Anträgen der Linken und der Grünen wird auf mehr Herdenschutz – sprich: mehr Zäune – abgestellt. Wenn man wolfsichere Zäune in entsprechender Größenordnung in den Weidegebieten aufstellt, dann durchtrennt man Lebensräume. Auf der anderen Seite nehmen wir, wenn eine neue Autobahn gebaut wird, viele Millionen in die Hand, um Grünbrücken zu bauen und dadurch Lebensräume miteinander zu verbinden. Hier würden wir Lebensräume in der freien Landschaft durch große Einzäunungsmaßnahmen zerschneiden. Ich weiß nicht, ob das der richtige Weg ist. Darüber sollten wir intensiv sprechen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Es kommt dadurch nicht nur zur Zerschneidung der Lebensräume, sondern es geht auch um eine wirtschaftliche Betrachtung. Die Landesanstalt für Landwirtschaft im Freistaat Bayern hat errechnet, dass allein in Bayern 57 000 Kilometer wolfsichere Einzäunungen erforderlich wären, was mit einem Kostenumfang von mehr als 300 Millionen Euro – ohne Berücksichtigung der Folgekosten – verbunden wäre. Ich glaube, das können wir in dieser Form nicht umsetzen.

Man konnte heute früh um 6.10 Uhr im „Morgenmagazin“ sehen, dass es jetzt eine zunehmende Zahl an Weidetierhaltern gibt, die ihre Kälbchen und Rinder im Stall und nicht mehr auf der Weide unterbringen. Dadurch haben wir das nächste Problem; denn jeder Dunghaufen – im Volksmund auch als „Kuhfladen“ bezeichnet – ist ein wichtiger Lebensraum.

Wir haben vor einigen Monaten über das Thema „Rückgang der Insekten“ gesprochen.

Wenn ich die Weidetierhaltung weiter einschränke, dann muss ich mich auch nicht wundern, wenn wir hier weitere Probleme bekommen. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Deshalb sollten wir neben dem Herdenschutz weitere Maßnahmen ergreifen. Ich denke daran, dass die Weidetierhalter mit Herdenschutzhunden ausgestattet werden sollten, wobei die Kosten, die bis zu 1 000 Euro pro Hund und Jahr betragen, zum Teil übernommen werden sollten.

Staatssekretär Flasbarth hat am 19. Juni 2017 gesagt: In Gegenden, wo man keine Zäune errichten kann, zum Beispiel an den Deichen in Norddeutschland, insbesondere an der Nordsee, aber auch im Gebirge, müssen wir uns damit einfach abfinden und die Ansiedlung von Wölfen dadurch verhindern, dass nicht einzelne Tiere entnommen werden, sondern ganze Rudel.

Aber für mich ganz wichtig ist es, dass wir die Frage der Populationsentwicklung und des Populationsstatus betrachten. Für große Säugetiere wird ein günstiger Haltungszustand vorgegeben. Er liegt bei 1 000 geschlechtsreifen Tieren in einer für sich genetisch abgeschlossenen Population. An dieser Stelle müssen wir meiner Meinung nach bei den Wölfen ansetzen und das durch wissenschaftliche Untersuchungen belegen, damit wir dann die FFH-Richtlinie der Europäischen Union anwenden können.

Für mich stellt sich auch die Frage: Wie betrachte ich die deutschen und die westpolnischen Wölfe, die alle den gleichen Ursprung haben, nämlich das Rudel in der Muskauer Heide, die von einigen Balkonbiologen (D)

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der FDP, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

aus den Ballungsräumen als zwei selbstständige Populationen angesehen werden? Dort muss ich ansetzen und sagen: Es kann nicht sein, dass wir jetzt in nationalen Grenzen denken; denn das würde bedeuten, dass wir in Deutschland, wenn ich die Wölfe dort als eigene Population betrachte, insgesamt 500 Rudel haben müssten. Wenn ich sechs Tiere pro Rudel ansetze, sind das 3 000 Tiere. Ich glaube, das verträgt unsere Landschaft nicht.

Deshalb stellen wir folgende Forderungen auf:

Erstens. Der Status der Populationen muss durch genetische Untersuchungen geklärt werden, natürlich nicht nur von den in unserer Region vorhandenen Wölfen, sondern man muss sie zum Beispiel auch mit der baltischen Population vergleichen. In diesem Zusammenhang kann ich gleich etwas zu der Diskussion sagen, die immer wieder geführt wird, dass die hier herumlaufenden Wölfe nur Nachkommen von den ehemaligen Wachhunden der sowjetischen Truppen seien. Dieses Vorurteil kann ich damit abräumen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Jan Korte [DIE LINKE]: Immer der Russe! – Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Immer ist der Russe schuld!)

Dr. Klaus-Peter Schulze

- (A) – Ich habe diese Theorie nicht aufgestellt, Frau Dr. Tackmann. Sie kam von anderen.

Zweitens müssen wir die Zahl der besenderten Tiere deutlich erhöhen, um die Migrationswege zu berücksichtigen.

Drittens müssen wir die Entschädigungsverfahren entbürokratisieren und, wie schon angesprochen, das Thema finanzielle Unterstützung bei Herdenschutzhunden mit aufnehmen.

Viertens. Sie wissen – das ist aus meiner Sicht ein neuer Aspekt, den wir in der Vergangenheit noch gar nicht diskutiert haben –, dass die Afrikanische Schweinepest vor der Tür steht; in Polen und Tschechien ist sie bereits angekommen. Wir wissen auch, dass derzeitig etwa 18 Prozent der Beutetiere Wildschweine sind. Das sind insgesamt gesehen relativ wenig. Warum sind es nur 18 Prozent? Weil Wildschweine sehr wehrhaft sind und die Wölfe eher nicht an sie herangehen.

Wenn man sich aber das Krankheitsbild eines Tieres im Falle einer Schweinepest anschaut, dann stellt man fest: Das Tier wird in seinen Bewegungen stark eingeschränkt, die Wehrhaftigkeit nimmt ab. Damit ist zu erwarten, dass die Wildschweine in der Zukunft einen größeren Beuteanteil ausmachen werden, und es ist nicht auszuschließen, dass Erreger von den Wölfen aufgenommen werden.

- (B) Wir wissen von besenderten Tieren, dass sie lange Strecken zurücklegen. Kollege Schipanski sprach mich wegen seines Wolfsrudels an. Ich kann sagen: Seine Wölfe stammen vom Spremberger Rudel. Dieses Rudel hat einen Wolf geschickt, damit er in Thüringen eine Familie gründen kann. Sie sehen: Ein Wolf kann große Strecken zurücklegen. Auch dieses Thema sollten wir bei einer wissenschaftlichen Untersuchung betrachten.

Ich komme zum Schluss. Wir müssen – das ist eine Diskussion, die vor einigen Jahren begann – im Zusammenhang mit der FFH-Richtlinie auf europäischer Ebene auch die besonderen Bedingungen in den Ländern berücksichtigen.

Während die Population der Wölfe in Schweden und Norwegen in einem Gebiet lebt, in dem es 18 Einwohner pro Quadratkilometer gibt, lebt die polnisch-deutsche Population in einem Gebiet mit 130 Einwohnern pro Quadratkilometer. Solche Dinge sind künftig bei den Untersuchungen zu berücksichtigen.

Danke.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der AfD und der FDP)

Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:

Nächste Rednerin ist für die Bundesregierung die Parlamentarische Staatssekretärin Rita Schwarzelühr-Sutter.

(Beifall bei der SPD)

Rita Schwarzelühr-Sutter, Parl. Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit: (C)

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mein Kollege Schulze hat die Zahlen noch einmal sehr eindrücklich genannt. Das sind die Fakten: Wir haben 60 Wolfsrudel und 13 standorttreue Wolfspaare. Das sind die amtlichen Zahlen, die auf wissenschaftlicher Grundlage erfasst wurden. Über die Dunkelziffer und Hobbyexperten will ich hier nicht reden. Wenn man bedenkt, dass der Wolf fast völlig ausgerottet war, ist es ganz natürlich, dass er sich seinen ehemals angestammten Lebensraum wiedererobert und dort sich ansiedelt.

Wir haben den günstigen Erhaltungszustand noch nicht erreicht. Aber wir setzen uns mit den Ängsten, Problemen und Sorgen auseinander und nehmen sie ernst.

Wir haben zum einen die Weidetierhalter und Nutztierhalter und zum anderen die Menschen vor Ort. Ich fange mit der Weidetierhaltung an. Wir wissen alle, dass sie ein wertvoller Beitrag zur Landschaftspflege und zum Naturschutz ist. Wir wollen helfen, sie auch dort in Zukunft sicherzustellen, wo der Wolf auftritt. Das BMUB sieht es als Kernaufgabe an, Wolfschutz und Herdenschutz miteinander vertretbar zu gestalten.

Dazu wurde schon sehr viel auf den Weg gebracht. Es wurden Standards für einen adäquaten Herdenschutz entwickelt. Sie sind allgemein bekannt, und Brandenburg hat sie gerade auch in einer Wolfsverordnung festgeschrieben.

(Karlheinz Busen [FDP]: Die ist zum Totlachen!) (D)

Meine Bitte geht an die Weidetierhalter, ihre Tiere gut zu schützen. Das gilt natürlich auch für die Nebenerwerbs- und Hobbyhalter.

Die Länder unterstützen mit Expertise und mit Präventions- und Schadensersatzzahlungen. Natürlich werden Bund und Länder – das haben wir in den Koalitionsverhandlungen auch durchaus ernst genommen – die Situation noch verbessern und den bürokratischen Aufwand reduzieren.

Unser Kernanliegen ist, die wirtschaftliche Situation der Nutztierhalter insgesamt zu verbessern. Agrarsubventionen müssen zugunsten von Betriebsformen umverteilt werden, die Naturschutzvorteile mit sich bringen. Dazu gehören besonders die Schäferei und die Ziegenhaltung.

Ein gutes Wolfsmanagement ist auf Basis des bereits geltenden nationalen und europäischen Artenschutzrechts erfolgreich möglich. Daher sind die Forderungen nach einer Änderung des Schutzstatus des Wolfs auf EU- bzw. nationaler Ebene entbehrlich.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Populationsobergrenzen und wolfsfreie Zonen sind auch gänzlich unvereinbar mit dem europäischen Recht. Sie fordern Managementstrategien, die auf eine Bejagung setzen. Aber diese werden das Problem nicht lösen. Auch wenn es nur einen Wolf gibt, wird dieser eine Herde angreifen und ein Nutztier reißen können. Deswegen

Parl. Staatssekretärin Rita Schwarzelühr-Sutter

- (A) ist das der falsche Ansatz. Es gibt zwar manchmal Wölfe, die es sogar bis nach Baden-Württemberg schaffen; aber dort werden sie gleich erschossen und im See versenkt.

(Karlheinz Busen [FDP]: Das ist absurd!)

Es ist unverantwortlich und nicht gerechtfertigt, Ängste vor dem Wolf zu schüren.

(Zuruf des Abg. Karlheinz Busen [FDP])

– Bitte? Haben Sie eine Zwischenfrage?

(Karlheinz Busen [FDP]: Habe ich nicht! Nur einen Zwischenruf!)

Die Vorgänge um das sogenannte Munsteraner Rudel sind seit Jahren erledigt. Es ging dort auch um Vergrämung. Wenn es einen problematischen Wolf gab, hat man auch gehandelt. Der sogenannte MT6 – „Kurti“ – wurde entnommen.

(Dr. Gero Clemens Hocker [FDP]: Wissen Sie, wie lange das gedauert hat? Wie viele Tiere gerissen wurden von Wölfen? Wie viele Existenzen gefährdet worden sind? Nein? Dann fahren Sie mal nach Niedersachsen!)

– Ich finde es phänomenal, wie Sie immer aus einer Mücke einen Elefanten machen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir nehmen diese Ängste und Sorgen und die durchaus existenziellen Anliegen der Landwirte sehr ernst. Deswegen finde ich Ihren Einwurf gänzlich unangebracht.

- (B) (Beifall bei der SPD)

Ich will noch einmal betonen: Die Sicherheit der Menschen hat für uns oberste Priorität.

(Dr. Gero Clemens Hocker [FDP]: Ach nee!)

Wir werden die Entwicklung ganz genau beobachten. Wir haben mit unseren Managementplänen und in Zusammenarbeit mit den Ländern gute Arbeit geleistet. Wir werden, wie gesagt, auch im Koalitionsvertrag darauf entsprechend reagieren.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:

Danke sehr. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, um Missverständnisse zu vermeiden: Immer wenn die Redezeit abgelaufen ist, möchte ich keine Zwischenfragen mehr gestatten. Nur zum Verständnis.

Jetzt erteile ich als nächstem Redner dem Kollegen Karsten Hilse von der AfD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Karsten Hilse (AfD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Als ich die Überschrift des FDP-Antrags las, war ich sehr gespannt. Der Titel des Antrags „Gefahr Wolf – Unkontrollierte Population stoppen“ insinuiert, dass die FDP-Fraktion

die Courage hat, sich ernsthaft mit einem unpopulären Thema zu befassen. In Ihrem Antragstext wollen Sie aber lediglich den Wolf, wie in Sachsen schon geschehen, im Jagdrecht berücksichtigen und Weidetierhalter besser entschädigen. Das ist doch weniger couragiert. Das Problem ist aus unserer Sicht vielschichtiger.

Die in den vergangenen Jahren übermäßig zunehmende Ausbreitung des Wolfes in einzelnen Regionen in Deutschland, zum Beispiel in der Lausitz, ist in jedem Fall Ausdruck der fehlenden Regulierung von Gleichgewichten in dichtbesiedelten Kulturlandschaften. Das birgt großes Konfliktpotenzial, das umso schneller steigt, je dogmatischer der Schutz der Wölfe, wie von den Linken gefordert, betrieben wird. Der absolute, bedingungslose Schutz des Wolfes hat in einzelnen Regionen zu einer Populationsdichte von Wölfen geführt, welche sie zu einer artfremden Lebensweise veranlasst. Durch eine mediale Konditionierung durch die Leitmedien haben sehr viele Menschen in Deutschland einen sehr verklärten, ja romantischen Blick auf den Wolf.

(Dr. Franziska Brantner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ach, die Medien sind schuld!)

Für viele ist er eine Art in der Wildnis lebendes Kuscheltier.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Der Wolf ist aber ein Raubtier. Er ist ein Raubtier, das dem Menschen gefährlich werden kann. Ich bitte Großstädter, hier wirklich Verständnis für die nachvollziehbaren Sorgen der Menschen im ländlichen Raum zu haben. Wölfe laufen immer öfter seelenruhig durch Dörfer und an Bushaltestellen vorbei, an denen nur wenige Stunde zuvor Kinder auf ihren Schulbus warteten. Wölfe haben schon lange gelernt, dass vom Menschen keine Gefahr ausgeht. Der nächste logische Schritt ist, dass sich auch ihr Beuteschema ändert. Alles, was kleiner und langsamer ist, ist als potenzielles Jagdopfer anzusehen.

(Beifall bei der AfD)

Wir brauchen Maßnahmen für eine wirkungsvolle Vergrämung und im äußersten Fall den Abschuss von Tieren, die ihre Scheu verloren haben und diese durch andere Vergrämungsmaßnahmen nicht wiedererlangen. Romantik ist hier fehl am Platz.

(Beifall bei der AfD)

In einer gemeinsamen Erklärung von Bundesumweltministerin Barbara Hendricks und dem niedersächsischen Ministerpräsidenten Stephan Weil heißt es – ich zitiere –:

Die Sicherheit der Menschen hat oberste Priorität. Wölfe, die sich gegenüber Menschen auffällig verhalten, sind zu beobachten und gegebenenfalls zu töten.

Es geht nicht darum, Wölfe massenhaft abzuschießen, sondern darum, sachlich mit Fachleuten, Wissenschaftlern und Betroffenen Möglichkeiten zu finden, Wölfe vom Menschen wirksam fernzuhalten. Wenn Wölfe erkennen, dass Menschen für sie eine Gefahr darstellen, werden sie zu ihrem natürlichen Verhaltensmuster zurückkehren und die Nähe des Menschen meiden.

(C)

(D)

Karsten Hilde

- (A) Wölfe haben seit ihrer Rückkehr nach Deutschland offiziell mehr als 3 500 Nutztiere gerissen. In der Lausitz ist die Haltung von Schafen stark eingeschränkt. Viele Menschen, die sich früher zwei, drei Schafe hielten, sind davon abgegangen. Schafhalter, die ihre Schafe vor allem in Heidelandschaften grasen ließen, haben genervt aufgegeben, mit der Folge, dass die Diversität bei den Heidepflanzen zurückgegangen ist. Das, was Natur- und Tierschützer eigentlich erreichen wollen, nämlich eine Nutztierhaltung, die vorrangig auf der Weide stattfindet, konterkarieren sie durch zu hohe Wolfspopulationen.

Darüber hinaus wird von verschiedenen Seiten die Schutzwürdigkeit einiger Tiere der Wolfspopulation infrage gestellt, da die Zugehörigkeit vieler Wölfe zur Art des Grauwolfes – lateinisch *Canis lupus lupus* –, der vor seiner Ausrottung in Europa heimisch war, bezweifelt wird. Vielfach zeigen genetische Analysen, dass es sich bei tot aufgefundenen Wölfen um Hybride handelt. Bei einem durch einen Verkehrsunfall getöteten Wolf wurden per Genanalyse 60 Prozent Gene Grauwolf und 40 Prozent Gene Labrador festgestellt.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Hier werden Wesensmerkmale vermischt, die ein hohes Gefahrenpotenzial bergen: einerseits die Anhänglichkeit eines Familienhundes und andererseits der ausgeprägte Jagdtrieb des Wolfes. Hier muss mit geeigneten Mitteln festgestellt werden, welche Tiere wir hier ansiedeln und bedingungslos schützen.

- (B) Im Fachkonzept für ein Wolfsmanagement heißt es unter anderem sinngemäß, dass bis zu einer Anzahl von zwölf Rudeln der Abschuss nur im äußersten Notfall erfolgen soll. Mit zunehmendem Bestand kann diese Option dann großzügiger zur Anwendung kommen. Es leben jetzt schon mehr als fünfmal so viele Rudel in den verschiedenen Wolfsgebieten mit offiziell 600 bis 700 Tieren. Lassen Sie uns im Umweltausschuss sachlich über Lösungsansätze reden. Vielleicht sind die Kollegen der FDP dort etwas couragierter.

Eine letzte Anmerkung. In den letzten Jahren haben diejenigen, die sich dafür interessiert haben, gesehen, wie invasives Eindringen in bestehende Lebensräume zu massiven Problemen der dort schon länger Lebenden führen kann. Naturschützer wissen natürlich wovon ich spreche: von Kormoranen und Bibern.

Ein schönes Wochenende.

(Beifall bei der AfD)

Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:

Jetzt erteile ich das Wort der Kollegin Dr. Kirsten Tackmann von der Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN – Ralph Lenkert [DIE LINKE]: Jetzt kommt Sachkenntnis!)

Dr. Kirsten Tackmann (DIE LINKE):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste auf der Tribüne! Seit 2005 kämpfe ich als Bundestagsabgeordnete der Linken darum, dass die Existenznot insbesondere in der Schafhaltung hier end-

lich wahrgenommen wird. Die Schäferinnen und Schäfer standen mit ihren Schafen am Brandenburger Tor, haben protestiert; sie sind mit ihren Herden in einem Hirtenzug quer durchs Land gezogen. Sie haben uns zu runden Tischen geladen. Das war alles, lange bevor der Wolf zum zusätzlichen Problem geworden ist.

Als Linke haben wir mit Anträgen, mit Anfragen oder mit Fachgesprächen diese Anliegen, die wir für berechtigt halten, immer unterstützt – von der Weidetierprämie über einen Nothilfefonds beim dramatischen Ausbruch der Blauzungenerkrankung bis hin zum Herdenschutz. Leider wurde das hier im Bundestag immer verweigert, und deswegen geben Schäferinnen und Schäfer auf.

Wo waren eigentlich all die Jahre diejenigen, die sich jetzt selbst zum Rächer der Schafe ernennen und zum großen Halali gegen den Wolf blasen?

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Lassen wir doch einfach jemanden zu Wort kommen, der sich seit Jahren für den Herdenschutz engagiert. Ich habe Schäfermeister Knut Kucznik vom Bundesverband Berufsschäfer einmal gefragt, was er in dieser Debatte sagen würde, wenn er Rederecht hätte. Mit Einverständnis des Präsidenten möchte ich seine sehr eindrucksvollen Worte hier vortragen:

Wir Weidetierhalter in Brandenburg haben zurzeit die höchste Wolfsdichte der Welt auf unserem Weideland. Und wir haben mehr als 15 Jahre Erfahrungen im Umgang mit den Wölfen und der Gefährdung unserer Weidetiere.

Eines muss anfangs gesagt werden: Uns Weidetierhalten wäre es lieber, wenn es Wölfe nicht geben würde. Nun ist der Wolf aber da. Und er ist streng geschützt. Wir werden mit diesem Fakt lernen müssen zu leben. Deshalb ist es unsere Pflicht, dass wir unsere Tiere schützen. Das zeichnet einen guten Hirten aus.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Leider waren die betriebswirtschaftlichen Ergebnisse der Weidetierhaltung schon vor der Einwanderung der Wölfe die niedrigsten in der Landwirtschaft. Viele Betriebsleiter können für sich selbst nicht einmal den derzeitigen Mindestlohn erwirtschaften. Und Altersarmut droht allen. Hier zeigt sich ganz deutlich, dass der Wolf nicht nur die schwächsten Tiere schlägt, sondern unserem Land auch ganz klar seine Schwäche zeigt.

Wir Weidetierhalter erzeugen nicht nur hervorragende Lebensmittel bei besten Haltungsbedingungen, sondern wir halten mit unseren Tieren Luft, Wasser und Boden gesund. Wir sorgen für Sicherheit in den Berg- und Küstenregionen Deutschlands. Dafür werden wir aber nicht ausreichend entlohnt. Den Wolf ins Jagdrecht zu nehmen, hilft uns nicht. Er bleibt nach europäischem Recht trotzdem ganzjährig geschützt. Den Wolf zu bejagen, nützt uns

Dr. Kirsten Tackmann

(A) nichts. Ein übrig gebliebener Wolf kann genauso gefährlich für unsere Herden sein wie zehn.

Herdenschutz, den wir uns leisten können, hilft uns. Die längst überfällige Anpassung der Tier-schutz-Hundeverordnung,

(Beifall der Abg. Dr. Franziska Brantner
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

um Herdenschutz mit Hunden rechtssicher durch-führen zu können, hilft uns. Bessere Bezahlung für unsere Produkte der agrarökologischen Dienstleis-tungen hilft uns.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN und
des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Eine Weidetierprämie als Direktzahlung hilft uns. Und die rechtssichere Entnahme von Wolfsrudeln, die Herdenschutzmaßnahmen überwinden, hilft un-seren Tieren.

Im Namen aller Weidetierhalter bitte ich den Deut-schen Bundestag um Hilfe in dieser für Weidetier-halter schwierigen Zeit. Die Zahl der Schafbestände in Deutschland ist im Absturz. Ohne Schafe können die Schutzgebiete Deutschlands nicht in einem gu-ten Erhaltungszustand und die Deiche nicht gesi-ichert werden. Deshalb muss nicht gegen den Wolf, sondern für unsere Schafe gehandelt werden.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜND-
NIS 90/DIE GRÜNEN)

(B) So weit Knut Kucznik, dem ich für diese eindrucksvollen Worte und sein jahrelanges Engagement mit seinen Ver-bündeten sehr danke.

Mein Appell geht heute an diejenigen, denen es wirk-lich um die Weidetierhaltung geht. Lassen Sie uns die Zeit ohne Koalitionszwang nutzen, um hier endlich Hilfe zu beschließen.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜND-
NIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Bundesländer tun schon relativ viel. In Brandenburg und Thüringen beispielsweise wird die Anschaffung von Herdenschutzhunden bereits gefördert. Aber jetzt ist der Bund in der Pflicht. Lassen Sie uns also die Dinge tun, die zu tun sind! Viele Vorschläge stehen im Antrag der Linken. Lassen Sie uns das gemeinsam beschließen!

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜND-
NIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Die nächste Rednerin ist die Kollegin Steffi Lemke von Bündnis 90/Die Grünen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNIS-
SES 90/DIE GRÜNEN)

Steffi Lemke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben über die Frage des Wolfes in

Deutschland, in Europa im Deutschen Bundestag eine (C) lange Debatte geführt. Die Anfänge liegen Jahre zurück; manche Vorredner haben schon darauf hingewiesen.

Es gibt zwei Möglichkeiten, diese Debatte zu führen:

Man kann sie so führen, wie die Kollegin Tackmann das eben gemacht hat, sich nämlich um das Problem kümmern und versuchen, tatsächlich Lösungen für die real existierenden Probleme der Weidetierhalter zu fin-den.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Dies haben der Agrarausschuss des Deutschen Bundesta-ges und der Umweltausschuss des Deutschen Bundesta-ges in der letzten Legislaturperiode auch getan, und zwar fraktionsübergreifend.

(Zuruf des Abg. Dr. Gero Clemens Hocker
[FDP])

Die zweite Möglichkeit, diese Debatte zu führen, ist die der FDP hier. Schon im Titel ihres Antrags wird et-was angetriggert und mit dem Satz fortgesetzt – ich zitie-re –: „Das Eindringen des Wolfes in den Lebensraum des Menschen führt zu Risiken“ für die Kleinsten in unserer Gesellschaft.

(Karlheinz Busen [FDP]: Richtig!)

Kinder können die Gefahren, zum Beispiel durch unvor-hergesehene Angriffe oder übertragbare Krankheiten, noch nicht erkennen. (D)

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Karlheinz
Busen [FDP]: So ist es! Genau so ist es! Es
geht nicht nur um Schafe, es geht auch um
Menschen!)

Ich sage Ihnen: Damit sind Sie nicht weit von „Großmut-ter, warum hast du so große Augen?“ entfernt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
bei der SPD und der LINKEN)

Sie können diese Debatte so führen und mit einem sehr dünnen Antrag unterlegen, in dem keine einzige Forderung enthalten ist, die den Herdenhaltern wirklich hilft – das fehlt in Ihrem Antrag komplett –,

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der SPD und der
LINKEN)

oder Sie können Folgendes tun – dazu lade ich Sie ein –: Sie kommen in die Debatte in den Ausschüssen, wie wir sie – ich hatte es gesagt – fraktionsübergreifend geführt haben, und suchen gemeinsam mit den anderen Frakti-onen nach funktionierenden Lösungen. Dass wir einen Konflikt haben, nämlich einen Konflikt zwischen dem menschlichen Nutzungsinteresse und dem Schutzinter-esse beim Wolf – der Wolf nimmt Lebensraum in An-spruch –, bestreitet hier niemand.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der SPD)

(A) **Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:**
Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Steffi Lemke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Ja, bitte.

Oliver Grundmann (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Kollegin Lemke, ist Ihnen bekannt, dass in Niedersachsen Wölfe mittlerweile in Ortsteilen gesichtet wurden? Ich darf hier aus einem Infobrief aus dem „rundblick“, einem niedersächsischen Politikjournal, zitieren. Der Bürgermeister einer Gemeinde, übrigens SPD-Mitglied, sagt: Ich glaube, dass die Bürger verstanden haben, dass in unserer Gegend Wölfe leben und wir als Gemeinde in Sachen Wolf keine Handhabe haben; denn Wolfspolitik ist Landessache. – Letzteres ist nicht richtig. – Dann wird weiter zitiert: Dieser Wolf ist schon mehrfach an einem örtlichen Kindergarten vorbeigelaufen. Dieser Kindergarten wird mit einem Zaun derzeit gesichert von 1,20 Meter Höhe.

Ich will Ihnen nur die Frage stellen: Wissen Sie um diesen Zustand oder um diese Tatsache? Wenn nicht, dann würde ich Sie vor dem Hintergrund, dass dreijährige Kinder dort in der Sandkiste spielen, gern fragen, wie man den Wolf, der die Geschichte vom bösen Wolf vielleicht noch nicht zu Ende, sondern nur bis zum Rotkäppchen gehört hat, davon abhalten kann, bei dem Beuteschema etwas ganz Schlimmes zu tun. – Wenn das nämlich passiert, dann sind wir als Parlamentarier absolut blamiert. Das darf nicht passieren.

(B) Deswegen meine Frage: Ist Ihnen diese Tatsache bekannt?

(Beifall bei der CDU/CSU, der AfD und der FDP)

Steffi Lemke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Natürlich ist mir diese Tatsache bekannt. Wenn Sie mich kennen, sollten Sie auch wissen, dass wir Grüne uns zum einen umfassend über solche Themen informieren

(Dr. Gero Clemens Hocker [FDP]: Sie reden und reden und reden!)

und zum anderen natürlich auch über solche Vorfälle reden, dass wir mit Stefan Wenzel als Umweltminister in Niedersachsen Verantwortung dafür übernommen haben, wie mit Problemwölfen in Niedersachsen umgegangen wird,

(Dr. Gero Clemens Hocker [FDP]: Wie denn?)

und dass wir in Brandenburg als Landtagsfraktion und in Sachsen-Anhalt mit einer Umwelt- und Landwirtschaftsministerin in der Ausübung von Exekutivgewalt permanent mit diesen Problemen befasst sind.

(Zuruf der Abg. Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann [FDP])

Jetzt frage ich Sie: Was hilft diese Debatte, die Sie jetzt wieder hervorgeholt haben, und was hilft die Pas-

sage in Ihrem Antrag, mit der unberechtigte Ängste geschürt werden? (C)

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Widerspruch bei der CDU/CSU und der FDP – Karlheinz Busen [FDP]: Quatsch!)

Ich wiederhole: unberechtigte Ängste geschürt werden! Es gibt keine real existierende Gefahr für dreijährige Kinder im deutschen Wald. Vielmehr ist es die Aufgabe von Behörden, dort, wo Problemwölfe auftauchen, also wenn sie sich zum Beispiel Kindergärten nähern, ebenso wie bei Wildschweinhorden, die Freiflächen von Kindergärten umgegraben haben, die in Kleingärten auftauchen, Lösungen zu finden. Es geht aber nicht an Angstdebatten im Deutschen Bundestag zu kreieren! Das ist der springende Punkt. Es geht nicht um Problemignoranz, sondern um Lösungen! Das ist der Unterschied.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der LINKEN – Karlheinz Busen [FDP]: Wer schreit, hat sowieso kein Recht!)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Frau Kollegin, würden Sie noch eine Zwischenfrage von der FDP-Fraktion zulassen?

Steffi Lemke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich habe nicht gesehen, wer eine Frage stellen möchte. (D)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Ein Kollege aus der FDP-Fraktion.

(Zurufe von der CDU/CSU: Oh, wir haben einen wunden Punkt getroffen! – Na klar, da rastet man aus!)

Steffi Lemke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Wenn ich ausraste, sieht das anders aus, Herr Kollege.

Dr. Gero Clemens Hocker (FDP):

Vielen Dank, Frau Kollegin Lemke, dass ich diese Frage stellen darf. – Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass Sie eben gesagt haben, dass mit unserem Antrag sinnlos Ängste geschürt würden, die eigentlich gar nicht berechtigt wären, möchte ich Sie fragen, ob Sie bereit sind, mit mir zusammen zur Kenntnis zu nehmen, dass in Niedersachsen massiv Existenzen von Weidetierhaltern bedroht sind. Sie haben nämlich jede Nacht Angst um ihre Tiere und wissen nicht, ob in der vergangenen Nacht acht oder zehn oder zwölf ihrer Schafe gerissen wurden.

Ist Ihnen außerdem bewusst, dass in besonderem Maße in Niedersachsen der Hochwasserschutz gefährdet ist, weil man Deich- und Hochwasserschutz nicht betreiben kann, ohne dass Weidetierhaltung auf den Deichen stattfindet? Wären Sie bereit, mit mir nach Niedersach-

Dr. Gero Clemens Hocker

- (A) sen zu fahren, um sich vor Ort ein Bild über die Situation zu machen?

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP, der CDU/CSU und der AfD – Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Steffi Lemke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ja, Ihre Einschätzung dieser Gefahren und dieser Risiken teile ich mit Ihnen. Ihren gerade gemachten Ausführungen würde ich zustimmen. Sie haben mir aber entweder nicht zugehört oder sind meinem Redeverlauf einfach voraus. Ich habe eben darüber gesprochen, dass Sie bei Eltern und bei Kindern Ängste vor Gefahren schüren, die in dieser Form nicht vorhanden sind. Darum geht es mir.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Dr. Gero Clemens Hocker [FDP]: Ich habe über Weidetierhaltung gesprochen!)

– Darum geht es mir.

Wissen Sie, ich kann Ihre Wolfstränen, die Sie an dieser Stelle vergießen, nur als Angstmache bezeichnen, solange Sie nicht alle anderen Risiken, beispielsweise durch Wildschweinherden – Menschen sind im Wald eher durch Wildschweine gefährdet als durch Wölfe –,

(B)

(Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann [FDP]: Lenken Sie doch nicht ab!)

gleichermaßen thematisieren. Darum ging es mir, weil es mir um eine rationale Debatte geht.

Ich bin sehr gerne bereit, mit Ihnen nach Niedersachsen zu Weidetierhaltern zu fahren. Grüne in Ministerverantwortung haben das auch mehrfach gemacht. Wir Grüne müssen uns in Ministerverantwortung als Exekutivgewalt ganz konkret mit diesen Problemen auseinandersetzen. Kommen Sie mit mir nach Sachsen-Anhalt, begleiten Sie Frau Dalbert, die dortige grüne Landwirtschaftsministerin; ich begleite Sie gerne nach Niedersachsen. Das können wir wechselweise machen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Frau Kollegin, es gibt noch einen Wunsch nach einer Zwischenfrage, und zwar vom Kollegen Kubicki. Sind Sie damit einverstanden?

Steffi Lemke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Wirklich? Ihm kann ich es ja nicht abschlagen, aber dann ist gut.

Wolfgang Kubicki (FDP):

(C)

Frau Kollegin Lemke, Sie können mir alles abschlagen. Meine Frage lautet: Ist Ihnen, wenn Sie schon darauf eingehen, dass man sich um die Wildschweinpopulation kümmern sollte, bekannt, dass Wildschweine im Gegensatz zu Wölfen bereits bejagt werden dürfen?

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP und der AfD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Wölfe fressen Wildschweine, Herr Kubicki! – Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Als Jurist muss man nicht alles wissen!)

Steffi Lemke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Kubicki, darf ich Ihnen mit der Gegenfrage antworten, auch wenn Sie sie laut Geschäftsordnung nicht beantworten können, ob Ihnen bekannt ist, welche Probleme die Wildschweine trotz Bejagung Landwirten, Kleingärtnern, Menschen, die Nutzgärten und Kindergärten pflegen, permanent machen?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das sind relevante finanzielle und ökonomische Schäden, die dort entstehen. Dort gibt es ebenfalls Angstdebatten. Man muss sich entscheiden, ob man diese schüren will oder ob man sich um Lösungen kümmern will. Darum ging es mir.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

(D)

Ich habe wirklich Respekt vor den Menschen, die die Weidetierhaltung aufrechterhalten, die weiter Schafe und Ziegen halten, obwohl sie mit Wölfen konfrontiert sind. Pferde und Rinder sind nicht ganz so stark tangiert. Ich habe großen Respekt vor den Menschen, die das trotz zerbröselnder Infrastruktur im öffentlichen Raum, trotz Ärztemangels und all der Probleme im ländlichen Raum, die wir hier schon diskutiert haben, machen, dabei mit dem Wolf zurechtkommen und öffentlich bekennen – Frau Tackmann hat das gerade zitiert –, dass sie das tun wollen, auch wenn es ihnen lieber wäre, der Wolf wäre nicht da. Davor habe ich wirklich Respekt.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich finde, dass diese Menschen all unsere Unterstützung verdienen. Wir haben nach den Anhörungen im Deutschen Bundestag Vorschläge vorgelegt. Der entscheidende Punkt ist, dass die Gemeinsame Agrarpolitik endlich umsteuern und eine finanzielle Existenzgrundlage für die Weidetierhalter schaffen muss.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Der Naturschutzbund Deutschland hat immer wieder darauf hingewiesen, dass die Situation für die Weidetierhalter existenzbedrohend ist und die Rückkehr des Wolfes in der Tat der Tropfen ist, der das Fass zum Überlaufen bringt, was dazu führt, dass Weidetierhalter die

Steffi Lemke

- (A) Weidetierhaltung aufgeben – mit allen ökonomischen, sozialen und ökologischen Konsequenzen.

Die spannende Frage ist: Versucht man, sich darum zu kümmern, dass das Fass endlich einmal leer wird, oder diskutiert man noch weitere vier Jahre über den Tropfen?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Ich habe heute Morgen zur Kenntnis genommen, dass die Koalitionsfraktionen einige Punkte für den Koalitionsvertrag vorbereiten. Das, was der Presse zu entnehmen war, scheint alles sehr vernünftig zu sein, wenn Sie es tatsächlich schaffen, erstens die Finanzgrundlage für die Weidetierhaltung im bestehenden Rahmen der GAP schnell zu verändern – das können Sie; diese Möglichkeit haben Sie aber vier Jahre lang verstreichen lassen, und das ist bitter für die Weidetierhalter – und zweitens bei der anstehenden Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik endlich eine strukturelle finanzielle Verbesserung für die Weidetierhalter zu erreichen und tatsächlich eine Weidetierprämie einzuführen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Als Koalition aus CDU/CSU und SPD haben Sie ein riesengroßes Betätigungsfeld: die Verbesserung von Herdenschutzmaßnahmen, ein scharfes Wolfsmonitoring, bundeseinheitliche Entschädigungs- und Versicherungsregelungen. Sie hätten dort längst tätig werden können. Vergießen Sie weniger Tränen! Handeln Sie, und sorgen Sie dafür, dass sich die wirtschaftlichen Bedingungen für die Weidetierhaltung strukturell verändern!

- (B) (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage Ihnen: Es ist natürlich auch richtig, auffällige Wölfe zu kontrollieren. Dafür brauchen wir das Monitoring und das Besendern von Wölfen, um auf Problemwölfe zu reagieren. Das darf aber nicht erst dann geschehen, wenn es zu spät ist, sondern es muss rechtzeitig geschehen; da stimme ich Ihnen zu. Aber das funktioniert nur, wenn Sie all diese Maßnahmen zusammen ergreifen und den Weidetierhaltern ihre Existenz über die Gemeinsame Agrarpolitik sichern. Wir führen diese Debatte hier sonst in einigen Jahren nicht mehr, weil es keine Weidetierhalter mehr gibt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Zu einer Kurzintervention erteile ich das Wort dem Kollegen Gero Hocker von der FDP-Fraktion.

Dr. Gero Clemens Hocker (FDP):

Vielen Dank, Herr Präsident. – Verehrte Frau Kollegin Lemke, Sie haben eben in Ihrer Rede ein Zitat vorgetragen und behauptet, dass wir in unserem Antrag auf die besonderen Gefahren, die sich für Kinder aus der Wolfsmigration ergeben, hinweisen würden.

Ich möchte Sie gerne darauf aufmerksam machen, dass unser Antrag diese Passage ausdrücklich nicht enthält, sondern dass wir den Schwerpunkt unserer Argumentation und unserer Schilderung der Gefahrensituation da-

rauf gelegt haben, dass Weidetierhaltung in Niedersachsen und in vielen anderen Bundesländern Deutschlands massiv bedroht ist. Ich weiß nicht, woher Sie dieses Zitat haben. Es ist jedenfalls nicht Teil des Antrags, den wir in das Plenum eingebracht haben.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Wollen Sie darauf antworten, Frau Kollegin Lemke? – Ja.

Steffi Lemke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Mir liegt das vor: „Deutscher Bundestag, 19. Wahlperiode, Antrag des Abgeordneten Karlheinz Busen ... und der Fraktion der FDP, Gefahr Wolf – Unkontrollierte Population stoppen“. Aus diesem Dokument habe ich diesen Satz vorhin zitiert, sonst hätte ich nicht um die Zitiergehenhmigung des Präsidenten gebeten.

Falls das eine Vorabfassung gewesen sein sollte und Sie es in der zweiten Fassung gestrichen haben sollten,

(Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist noch interessanter!)

fände ich das noch interessanter. Ich würde es nichtsdestotrotz begrüßen, weil es mir wirklich um die Problemlösung geht und weil ich es als einen Ausweis dafür identifizieren würde, dass Sie sich in dieser Debatte weg vom Populismus und hin zur Problemlösung bewegen. Dazu habe ich Sie vorhin schon einmal eingeladen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der SPD) (D)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Zu Ihrer ersten Rede erteile ich das Wort der Kollegin Silvia Breher von der CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Silvia Breher (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Ja, es ist ein Erfolg für den Natur- und Artenschutz in Deutschland, dass der Wolf hier wieder heimisch geworden ist. Aber an dem Punkt, ihm einfach nur: „Hallo und herzlich willkommen; schön, dass du da bist!“, zuzurufen, sind wir heute leider nicht mehr.

(Zuruf von der SPD: Das macht doch keiner!)

Die typischen Thesen lauten: Der Wolf ist ein scheues Tier. Der Wolf meidet den Menschen. Der Wolf ernährt sich von Wildtieren. – An diese Thesen hält sich leider nicht jeder Wolf. Ich kann verstehen, dass all diejenigen, die weit weg sind, in der Stadt wohnen und nicht betroffen sind, das Thema romantisieren und sich einfach darüber freuen, dass der Wolf da ist.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Aber in meinem Wahlkreis Cloppenburg-Vechta haben wir seit 2014 eine Wölfin. Diese Wölfin hat gelernt, dass es bei uns nicht nur Wild, sondern auch Nutztiere

Silvia Breher

- (A) gibt, die freundlicherwise eingezäunt sind und deswegen nicht weglaufen können.

(Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Bei uns stehen die alle im Stall!)

Und sie hat gelernt, dass die nach Standard errichteten Zäune – 1,50 Meter hoch und stromführend – ihr nichts anhaben, wenn sie darüber springt. In der Luft wirkt der Strom nämlich nicht, weil sie dort nicht geerdet ist. Über 2 Meter hohe Zäune klettert sie drüber. Dass die Menschen keine Feinde sind, hat sie auch gelernt. Denn sie spaziert durch unsere Orte und Siedlungen. Und weil es ihr bei uns so gut geht, hat sie im vergangenen Jahr Nachwuchs bekommen. Wir haben jetzt ein Rudel, und den Welpen zeigt sie gerade, wie sie diese Zäune einfach so überwinden können. Das ist nur ein Beispiel von ganz vielen in Deutschland.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der AfD)

Haben Sie mit den Weidetierhaltern in den betroffenen Regionen in Niedersachsen gesprochen? Ich kann diese Weidetierhalter verstehen. Aber können Sie sich vorstellen, wie sich die Hobbyhalter, die Privatzüchter und eben auch die Landwirte fühlen, wenn sie jeden Morgen auf die Weide gehen und Angst haben müssen, wieder tote Tiere zu finden? Ich spreche nicht von nur einem toten Tier, das aufgefressen worden ist, und auch nicht von nur einem einmaligen Vorfall. Nein, ich spreche von mehreren Tieren, von einer ganzen Herde, von vielen schwerstverletzten Tieren. Die Bilder wollen Sie nicht sehen. Ich aber habe sie gesehen.

(B)

(Beifall bei der CDU/CSU, der AfD und der FDP)

Diese Weidetierhalter sind am Ende ihrer Kraft. Sie können nicht mehr. Die Hobbyhalter haben aufgegeben und ihre Tiere – zumindest die, die übrig geblieben sind – verkauft. Die Landwirte stehen mit dem Rücken zur Wand. Aber ohne unsere Weidetierhalter funktionieren unsere Vegetation und der Schutz der Heidelandschaften und unserer Buschvegetationen nicht. Ohne unsere Weidetierhalter funktioniert auch der Deichschutz an unseren Küsten und an unseren Flüssen nicht. Dadurch wird die Deichsicherheit und damit auch die Sicherheit der Menschen hinter dem Deich gefährdet.

(Beifall bei der CDU/CSU, der AfD und der FDP)

Wir wollen unsere Weidetierhaltung, und wir brauchen unsere Weidetierhaltung. Aber sprechen wir hier ernsthaft – wirklich ernsthaft – über Weideschutz durch wolfsichere Zäune, und zwar überall in unserem Land, an der gesamten Küste und unseren Deichen entlang und durch die Heide? Wohl kaum. Oder sprechen wir über Herdenschutz durch Herdenschutzhunde an den Küsten, wo die Urlauber entlanglaufen sollen? Wohl kaum.

Lassen Sie uns doch endlich ehrlich sein: Ja, ein sinnvoller Herdenschutz hilft. Ja, wir brauchen schnellere Verfahren zur Feststellung im Falle eines Wolfsrisses. Ja, wir brauchen eine bessere finanzielle Unterstützung der

Weidetierhalter zur Prävention und auch im Schadensfall. (C)

All das wird aber nicht reichen; denn die Wolfspopulation wächst in jedem Jahr um 30 Prozent. Wenn wir die Existenz des Wolfes in Deutschland sichern wollen, dann brauchen wir nicht nur die Akzeptanz derjenigen, die damit nichts zu tun haben, sondern auch die Akzeptanz derjenigen, die mit dem Wolf leben müssen.

(Beifall bei der CDU/CSU, der AfD und der FDP)

Wir müssen den heute schon vorhandenen Rechtsrahmen, den uns das Bundesnaturschutzgesetz liefert, doch nur konsequent anwenden. Wir brauchen bundeseinheitliche Regeln. Das heißt, wir müssen auffällige – ich betone: auffällige – Wölfe, die sich den Kindern immer wieder nähern, wie sie es bei uns im Waldkindergarten in Goldenstedt und auch woanders getan haben, und die immer wieder Nutztierrisse verursachen, besondern und zeitnah vergrämen. Wenn das nicht geht, müssen wir auch eine Entnahme durchführen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der AfD)

Wir müssen uns bei der EU-Kommission dafür einsetzen, dass der Schutzstatus des Wolfes überprüft wird, damit wir zu einem wirksamen Bestandmanagement kommen können.

Wir müssen endlich anfangen, die Sorgen und die Ängste der Menschen, die betroffen sind, ernst zu nehmen – im Interesse der Menschen und des Wolfes. (D)

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der AfD)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Der letzte Redner zu diesem Tagesordnungspunkt ist der Kollege Carsten Träger von der SPD-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Carsten Träger (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir müssen nicht anfangen, die Sorgen der Menschen ernst zu nehmen, liebe Kollegin; denn wir nehmen ihre Ängste und Sorgen bereits ernst. Vieles von dem, was Sie gefordert haben – Sie haben das richtigerweise angesprochen –, wird schon so gehandhabt; es gibt Vergrämnungsmaßnahmen, und es gab auch schon Entnahmen.

Dies ist eine Debatte, die wir sachlich und mit Respekt führen müssen, mit Respekt sowohl gegenüber denjenigen, die Sorgen und Befürchtungen haben, aber auch gegenüber denjenigen – dazu zähle ich mich –, die sich darüber freuen, dass der Wolf wieder da ist. Eine Art, die in Deutschland ausgerottet war, ist jetzt wieder in unserem Land heimisch. Das halte ich für eine gute Nachricht.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Carsten Träger

- (A) Ich weiß aber auch – das sage ich ausdrücklich –, dass es Sorgen, Befürchtungen und auch handfeste Probleme gibt. Deswegen müssen wir uns mit den Möglichkeiten eines fairen Interessenausgleichs seriös auseinandersetzen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Da hilft es nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, wenn Sie am Anfang Ihres Antrages schreiben, die Rückkehr des Wolfes sei ein großer Erfolg für den Artenschutz – so weit bin ich bei Ihnen –, aber dann, wenige Zeilen darunter, die Aufnahme des Wolfes als – ich zitiere – „jagdbare Tierart“ ins Jagdgesetz fordern und kurz danach die Senkung des Schutzstatus im europäischen Recht fordern. Das würde in der Konsequenz zu Abschüssen von Wölfen führen. So ehrlich müssen Sie wenigstens sein und dürfen nicht am Beginn Ihres Antrages schreiben, dass Sie sich freuen, dass der Wolf wieder da ist.

Lieber Herr Kollege von der AfD, Ihre Einlassungen über Hybride, Hundemischlinge zeigen nur einmal mehr, von welchen Internetseiten Sie Ihre Informationen beziehen. Dies ist kompletter Unfug.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Der Weg der Entnahme, den Sie hier vorschlagen, führt nicht zum Ziel. Gerade erst hat die Europäische Kommission zum wiederholtem Male bestätigt, dass der Wolf in Europa noch nicht den günstigen Erhaltungszustand erreicht hat und weiterhin hohen Schutzstatus genießt, und auch hier in Deutschland hat die Wolfspopulation noch lange nicht den günstigen Erhaltungszustand erreicht. 60 Rudel plus einige Einzeltiere – das ist schon mehrfach angesprochen worden –, das sind die Zahlen, die wissenschaftlich belegt sind.

- (B)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es wird nicht zu einer Explosion der Population kommen. Wölfe breiten sich in der Fläche aus. Wenn ein Rudel ein Territorium besetzt hat, dann werden einige Tiere weiterwandern – meist sind es Jungwölfe – und sich ein weiteres Territorium suchen. Also wird die Population nicht unendlich anwachsen.

(Zuruf von der FDP: Wo haben Sie das denn gelesen?)

– Ich habe darum geworben, dass wir uns sachlich auseinandersetzen. Sie können aber noch gerne eine weitere Anmerkung machen.

Trotzdem, liebe Kolleginnen und Kollegen, müssen wir natürlich die Ängste und die handfesten Probleme, die es ebenfalls gibt, ernst nehmen. Ich wiederhole: Das tun wir bereits. Es gibt in jedem Bundesland ein Wolfsmanagement. Problemwölfe werden schon heute entnommen, erschossen. Weidetierhalter werden entschädigt. Der Bund unterstützt die Länder bei ihrem Wolfsmanagement. Wir können gerne darüber reden, dass wir noch mehr tun, dass wir die Maßnahmen, die es bereits gibt, verbessern werden; denn – das ist schon gesagt worden; es ist richtig, deswegen wiederhole ich es – Weidetierhaltung ist für den Erhalt des Grünlandes

und den Naturschutz unersetzlich. Deshalb bin ich gerne dabei, darüber nachzudenken, wie wir noch mehr helfen können. (C)

Wir brauchen meiner Meinung nach unbürokratische und schnelle Hilfen. Da können wir besser werden. Wir brauchen ein seriöses Monitoring und Beratung, und wir brauchen auch mehr Geld, und zwar für die Schutzmaßnahmen und die Entschädigungen, von mir aus auch gerne bis zu 100 Prozent Erstattung.

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Herr Kollege, der Kollege Dr. Hoffmann würde gerne eine Zwischenfrage stellen. Lassen Sie diese zu?

Carsten Träger (SPD):

Nein, ich würde gerne zum Ende kommen. Wir haben heute schon viele Zwischenfragen gehört.

Wir haben auch eine Idee, wie wir das machen: Wir wollen eine Umschichtung der Agrarsubventionen nach dem Grundsatz „öffentliches Geld für öffentliche Leistungen“. Leistungen für die Schäferinnen und Schäfer, die Weidetierhalter sind für mich ein Paradebeispiel für ein gutes Zusammenspiel von Naturschutz, Artenschutz und Herdenschutz. Diesen Weg sollten wir gehen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) (D)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Ich schließe die Aussprache zu diesem Punkt.

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlagen auf den Drucksachen 19/584, 19/581, 19/594 und 19/589 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Allerdings ist die Federführung strittig. Die Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, Bündnis 90/Die Grünen wünschen eine Federführung beim Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, die Fraktionen FDP und Die Linke wünschen eine Federführung beim Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft.

Ich lasse zuerst abstimmen über den Überweisungsvorschlag der Fraktionen FDP und Die Linke, also Federführung beim Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Die Linke und die FDP. Wer stimmt dagegen? – Das sind alle anderen Fraktionen. Damit ist der Überweisungsvorschlag abgelehnt.

Ich lasse nun abstimmen über den Überweisungsvorschlag der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, Bündnis 90/Die Grünen, also Federführung beim Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit. Wer stimmt dafür? – AfD, CDU/CSU, Grüne und SPD. Wer stimmt dagegen? – FDP und Linke stimmen dagegen. Damit ist der Überweisungsvorschlag angenommen.